

Das Pendel und der Kompass

Wendepunkte der internationalen Eingliederung Brasiliens

Luiz Augusto E. Faria

I am leaving you tonight with great regret. There is one thing, however, that I shall remember, and that is that it was two people who invented the new Deal – the President of Brazil and the President of the United States. So I am go to ask you to rise with me and drink to the health of my good friend President Vargas and to the great Republic of Brazil, our sister Nation.

Franklin D. Roosevelt, Remarks at a Banquet Given by President Getúlio Vargas of Brazil at Rio de Janeiro, November, 1936

Einleitung

Die BrasilianerInnen haben ein tief verankertes Gefühl, dass ihr Land als eine immer unvollendete Konstruktion wahrnimmt. Unveränderlich verarbeiten sie negative Wechselfälle im Leben der Nation im Lichte mit Vergleichen, die immer zur selben Schlussfolgerung führen: In einem anderen Land wäre es anders ausgegangen. Die blendende Schönheit und die überbordende Natur ihrer Erde pflegen sie mit einer negativen Einschätzung von sich selbst zu kontrastieren. Wie soll man letztlich erklären, dass sich in einem solch reichen Winkel der Welt sich eine Gesellschaft herausgebildet hat, die durch Hässlichkeiten geprägt ist. Armut, Hunger, Ausbeutung, Rassismus, Gewalt und andere Ungerechtigkeiten machten aus Brasilien einen Ort, wo das Streben nach Glück, ein Grundwert für unsere nordamerikanischen Nachbarn, für die große Mehrheit des Volkes immer unerreichbar war.

Nachdem die brasilianische Gesellschaft durch die portugiesische Kolonisation unter dem Primat, Reichtum in möglichst kurzer Zeit und in maximaler Quantität zu schaffen, geformt worden war, ist sie bis auf den heutigen Tage durch das Merkmal von Enteignung und Sklaverei geprägt. Mehr noch ist sie ein seltener Fall des *Trasformismo* im Sinne Gramscis (also kleiner Veränderungen, welche die Grundmuster reproduzieren), der sich über Jahrhunderte wiederholt und andauert. Alle historischen Episoden von Turbulenzen und Wegzweigungen (Arrighi 1994) wurden ohne signifikante Brüche aufgelöst. In einer Variante der *Aufhebung*¹ Hegels materialisierte sich die das Neue in kleinen Transformationen des Alten, das immer fortbesteht und sich als dominante Form durchsetzt.

In der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts durchlebt das Land einen weiteren dieser turbulenten Momente, in denen das Neue auf einen titanischen Widerstand des Alten stößt. Nach 12 Jahren einer popularen Regierung, die neue Politiken auf den Gebieten der Wirtschaft, Verteidigung und der Außenbeziehungen vorangetrieben hatte, gelang es der gewaltsamen Reaktion der dominanten Klassen in Verbindung mit einem besonders gut bezahlten Segment der Staatsbürokratie – vor allem der Justiz und der Staatsanwaltschaft – und mit ihren parlamentarischen VertreterInnen, die über eine Parlamentsmehrheit verfügen, die Präsidentin Dilma Rousseff in einem weichen Putsch abzusetzen. Sofort

wurde die politische Ausrichtung bei drei strukturierenden Achsen der internationalen Eingliederung Brasiliens initiiert. Diese Neuausrichtungen bedeuten: einen extremen Neoliberalismus in der Wirtschaft, eine amerikanophile Ergebnisheit in der Diplomatie und eine Priorität für die innere Sicherheit in der Verteidigungspolitik.

Die drei bestimmenden Achsen der nationalen Entwicklungsstrategie zeigten im Laufe der Jahre eine Pendelbewegung: in der Wirtschaftspolitik ein Oszillieren zwischen Liberalismus und Planung, in der Verteidigungspolitik eine Wechselbewegung zwischen dem Kampf gegen innere Bedrohungen und der Minderung externer Verwundbarkeiten und in der Diplomatie eine Divergenz zwischen einer Unterwerfung unter die Interessen der USA und dem Streben nach nationaler Autonomie. Die Kombination verschiedener Kombinationen dieser Polaritäten resultierte aus den wechselnden Kräfteverhältnissen der verschiedenen Konjunkturen in der jüngeren Geschichte. In der Mehrzahl der Fälle wurden hier Pfade eingeschlagen, die im Gegensatz zu einem Kompass standen, der den besten Weg für die Entwicklung Brasiliens anzeigte.

Diese kurzen Anmerkungen werden sich nicht einer Analyse des politischen Prozesses widmen, der zum Sturz der popularen Regierung führten.² Hier geht es vor allem um eine Untersuchung der Neuerungen der staatlichen Politik in den drei für die internationale Einbindung grundlegenden Bereichen – Wirtschafts-, Außen- und Verteidigungspolitik – in dieser jüngsten Periode. Daher wird sich der nächste Abschnitt mit der Geschichte der Konvergenzen und Inkonsistenzen dieser drei strukturierenden Achsen eines nationalen Entwicklungsprojektes auseinandersetzen. Daran schließt sich eine soziologische Analyse der an, die versucht die Verbindungen zwischen den Interessen von Klassen und Klassenfraktionen und den Entwürfen von Entwicklungspolitiken zu identifizieren. Abschließend wird die notwendige Extraversion der nationalen Entwicklung in Form des Wandels der internationalen Eingliederung Brasiliens untersucht.

Zwischen abhängiger und nicht-konformer äußerer Eingliederung

Die Episode, die in dem Beitrag vorangestellten Zitat erwähnt wird, markierte eine wichtigen Moment der Bekräftigung einer Tradition der brasilianischen Diplomatie, die so alt wie die Republik ist: die Anlehnung an die USA. Der Besuch Franklin D. Roosevelts im Jahr 1936³ war ein Vorläufer des militärischen Engagements, in Europa auf Seiten der Alliierten zu kämpfen, und eines entscheidenden Investitionsabkommens für die Schaffung einer nationalen Stahlindustrie. In den folgenden 15 Jahren konnte Brasilien auf Investitionen, Finanzierungen und andere Formen der Unterstützung seitens der Brudernation im Norden bei seinem Industrialisierungsprozess zählen. Es konnte auch auf ihren Schutz bei den Verteidigungsnotwendigkeiten zählen.

Später haben Getúlio Vargas in seiner zweiten Amtszeit und die Regierung Juscelino Kubitscheks diese Allianz untergraben. Denn, wenn die das brasilianische Wirtschaftswachstum in einem ersten Moment als eine Form der „Entwicklung auf Einladung“, ähnlich jener der besiegten Länder des 2. Weltkriegs, Deutschland und Japan, gesehen werden konnte, so schufen einige der Initiativen jenes Jahrzehnts einen starken produktiven Staatssektor in den Bereichen von Energie, Verkehrswegen, Rohstoffen und auch bei der Kreditvergabe und dem Bau Brasílias. Sie rufen eine Gegenreaktion der Brudernation im Norden hervor. Der Wirtschaftsnationalismus, der in Südostasien akzeptabel war, war absolut nicht hinnehmbar in der als „westlichen Hemisphäre“ bezeichneten Weltregion.

Die Periode zwischen dem 31. Jänner 1951 und dem 1. April 1964 läutete eine neue Pha-

se der Politiken des brasilianischen Staates ein, die auf eine Förderung der sozio-ökonomischen Entwicklung gerichtet waren. In diesem Moment trat für eine damals majoritäre Fraktion der Staatsbürokratie und ihrer politischen Repräsentation ein Konflikt zwischen dem laufenden Entwicklungsprojekt und den US-Interessen zu Tage. Zwischen dem Abschiedsbrief von Getúlio Vargas und der Rede von Jango Goulart am 15. März 1964 gab es eine ganze Reihe von Zusammenstößen mit der US-Doktrin und den US-Vorschlägen, was gut für das Land sei. Dazu zählt auch das klare Nein von Juscelino Kubitschek an das Ansinnen des IWF, den Bau Brasílias zwecks der Wahrung eines ausgeglichenen Budgets einzustellen. Für die gesellschaftlichen Kräfte und politischen Akteure, die sich für das Entwicklungsprojekt engagierten (Fonseca 2015), wurde die Notwendigkeit einer affirmativen Außenpolitik, die das nationale Entwicklungsprojekte abstützte, immer deutlicher. Santiago Dantas gab ihr einen Inhalt, der im Adjektiv „unabhängig“ zum Ausdruck kam. Und er suchte diese mit der Wirtschaftspolitik des Wirtschaftsministeriums unter Leitung von Jango Goulart abzustimmen.

Die dritte Achse, die Verteidigungspolitik, war in dieser Zeit nicht Gegenstand der Debatte. Eine Strategie des Wettbewerbs und der Abschreckung wurde gegenüber Argentinien fortgesetzt und fand ihren Ausdruck in der Massierung von Truppen im Süden Brasiliens. Gleichzeitig wurde eine Akkomodierung an den US-Schutz gegenüber jener anderen damals in Betracht bezogenen Bedrohung, den Kommunismus, gesucht. Die Verabschiedung einer Doktrin der nationalen Sicherheit fiel bei den traditionell politisierten Streitkräften auf fruchtbaren Boden und bildete für den Putsch im Jahr 1964 und die Etablierung einer 21 Jahre dauernden Diktatur eine Inspirationsquelle.

Anders als bei Militärdiktaturen im Großteil Lateinamerikas zwischen 1960er und frühen 1980er Jahren, bewahrte die brasilianische Diktatur den *Desenvolvimentismo* als seinen gemeinsamen Kern und setzte die Industrialisierungspolitik, den staatlichen Interventionismus und das nationale Entwicklungsprojekt fort (Fonseca 2015). Die militärische Meuterei und der Putsch richteten sich gegen die Vorschläge, die darauf zielten, der wirtschaftlichen Entwicklung über eine Agrarreform⁴ und Einkommensumverteilung einen populären Inhalt zu geben. In seiner Rede vor den ArbeiterInnen in der Central do Brasil am 15. März 1964 stellte Jango Goulart ein Paket von Vorschlägen vor, das er dem Kongress vorlegen wollte. Es beinhaltete grundlegende Reformen, die einen demokratisierenden, inklusiven und umverteilenden Charakter bei verschiedenen Aspekten des nationalen Lebens von der Bildung und städtischer Ordnung bis hin zu Steuerstruktur und Landeigentum hatten. Das Veto der besitzenden Klassen, denen die Mittelklasse sekundierte, gegen eine Umverteilung bei Einkommen und Eigentum drückte sich wieder einmal in der Unterstützung für und Beteiligung an der Verschwörung aus, die den Präsidenten der Republik stürzte.

Die unter Führung des Militärs stehende Administration söhnte sich anfänglich mit den USA aus und ließ das Pendel der Außenpolitik zu einer antikommunistischen Ausrichtung ausschlagen (Faria 2007). Und in einem ersten Moment setzte sie auch auf eine orthodoxe Wirtschaftspolitik der fiskalischen Anpassung. Sehr bald, ab 1969, als die Opposition definitiv niedergeschlagen war und sich die Diktatur konsolidiert hatte, materialisierte sich die Rhetorik eines „Brasil potência“ in Regierungsmaßnahmen, welche die nationale Entwicklungsstrategie bekräftigten. Dies implizierte sich akkumulierende Divergenzen und Widersprüche im Verhältnis zu den USA. Das Streben nach einer Selbstversorgung in den Bereichen von Industrie, Technologie, Energie und Produktion der Infrastrukturen verletzte die Interessen der Nation im Norden, vor allem bei den sensiblen Themen wie

der Atomenergie oder der Kommunikation. Der Kompass des nationalen Projektes zeigte wieder einmal in die Richtung eines nationalistischen Desenvolvimentismo.

Anders als beim popularen Nationalismus von Getúlio Vargas oder Jango Goulart, handelte es sich um einen rechten Nationalismus. Dieser hatte eine Neujustierung des Pendels der Außenpolitik in Richtung Unabhängigkeit zur Folge, die in den Worten des damaligen Außenministers Azevedo da Silveira als „verantwortlicher Pragmatismus“ bezeichnet wurde. Während diese Bewegung nicht ohne Beispiel war, sieht es mit der damaligen Verteidigungspolitik anders aus. In Kontinuität mit der Doktrin der nationalen Sicherheit und ihrem Fokus auf den Inneren Feind, konsolidierte sich – in Rivalität zu Argentinien – eine neue Strategie der Rüstungsproduktion, die auf Selbstversorgung ausgerichtet wurde.

Der Aufbau eines brasilianischen Atomprogramms folgte aus dem Bruch des Militärabkommens mit den USA und einem Projekt der Nationalisierung der Militärbeschaffung, die ziemlich ambitionierte Ziele erreichte. Nicht allein leichte Waffen, sondern auch Panzerfahrzeuge, Flugzeuge und Kampfschiffe wurden in die Diversifizierungspolitik der nationalen Industrie einbezogen. Ähnlich erforderte die Kontinuität der industriellen Entwicklung zunächst die Suche nach neuen Lieferanten und danach die Selbstversorgung in der Energieproduktion. Hiermit ging die Annäherung an arabische und afrikanische Länder einher, die insgesamt den US-Interessen in diesen Regionen entgegenlief. So paradox dies scheinen mag, erkannte die antikommunistische Militärregierung Brasiliens nicht nur sofort die Linksregierungen in Angola, Moçambique, Guinea Bissau und Kapverde an, sondern war sie auch wichtig beim Bruch der US-Blockade gegen diese jungen Nationen. In einer ähnlichen Weise wurde starke Verbindungen mit Syrien und Libyen geschaffen und behielt Brasilien auch nach der Revolution gute Beziehungen mit dem Iran bei.

Identität und nationales Interesse

1981 rutsche die brasilianische Ökonomie in eine Rezession ab. Dieses Phänomen markierte das Ende eines langen Entwicklungszyklus, der 1934 begonnen hatte. Es hatte seine Wurzel in der Verschärfung von zwei chronischen Problem der gesamten Periode, die ein Ausmaß annahm, das nicht mehr mit den damals verfügbaren wirtschaftspolitischen Instrumenten bewältigt werden konnte: die Defizite in der Zahlungsbilanz und die unzureichenden Finanzierungsmöglichkeiten. Die Einkommenskonzentration, die von den Ideologen des Regimes wegen der Steigerung der Ersparnis als funktional für das Wachstums angesehen wurde, trugen ebenfalls in dem Maße zum Problem bei, wie sie effektive Nachfrage beschränkte. Aber letztlich waren es die Inflation, die Außenverschuldung und die fiskalische Krise, Symptome des externen Ungleichgewichts und die Deformationen des Finanzsystems, welche die Störungen in der Ökonomie auslösten (Faria 1996). In einem ersten Moment stärkte die Reaktion auf die Krise die Konvergenz der seit der seit dem vorhergehenden Jahrzehnts ausgehenden drei großen Linien der staatlichen Politik. Das Streben nach einer makroökonomischen Anpassung zielte darauf, die Grundlagen der Entwicklung intakt zu halten. Daher wurde die die Kontinuität der unabhängigen Außenpolitik entscheidend, um den von den USA koordinierten externen Gläubigern Konzessionen abringen zu können und um unbedingt notwendige internationale Partnerschaften in der arabischen Welt, Afrika und Asien schaffen zu können.

Mit dem Ende Diktatur im Jahre 1985 wurde die Politik der nationalen Sicherheit zum Anachronismus, denn der „kommunistische Feind“ erhielt seine politischen Rechte zurück und wurde in das gesetzliche Leben der Parteien integriert.⁵ Ihre wirkliche Überwin-

dung wurde nach einer langen Debatte im Rahmen der Nationalen Verfassungsgebenden Versammlung von 1988 erreicht. Diese brachten damals relativ kärgliche Resultate⁶. Zu deren wichtigsten Ergebnissen zählten die Unterordnung der Streitkräfte unter die zivile Gewalt und die Schaffung eines Verteidigungsministeriums im Jahr 1999.⁷

Damals gab es die rasch enttäuschte Erwartung, dass die Kontrolle der Inflation im Zusammenspiel mit einer Exportsteigerung und einer Reduktion des Schuldendienstes ausreichend seien, um das Wirtschaftswachstum wieder in Gang zu setzen. Der Fehlschlag der Regierung Sarney brachte gleichzeitig die Entwicklungskoalition zum Einsturz, die unter der Hegemonie von industrieller Bourgeoisie und staatlicher Bürokratie stand. Eine Regruppierung im Machtblock schuf Raum für eine neue Hegemonie aus der Finanzbourgeoisie und eines Rentiersregimes. Unter den Präsidentschaften von Collor und Fernando Henrique Cardoso wurde auf Basis von drei zentralen Entscheidungen eine neue Wirtschaftsstrategie umgesetzt. Die erste war, noch 1989 gegen Ende der Regierungszeit Sarneys, die Annahme des Brady Plans, eines Konzept der Refinanzierung der Auslandsschulden, das vom Schatzamt der USA formuliert worden war.⁸ Eine zweite Schlüsselentscheidung war der einseitige Beschluss Collors, das bestehende Protektionssystem für die nationale Ökonomie, das auf tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen Finanzierungen und fiskalischen Anreizen basierte, abzubauen. Und drittens war die Öffnung des Finanzmarktes, die Liberalisierung der Kapitalbilanz, entscheidend. Außerdem wurden grundlegende Elemente der neoliberalen Agenda, wie Privatisierungen, Deregulierungen und, vor allem, ein Prozess der Verfassungsreform, der über diverse Novellierungen Rechte abbauten, die vielfach erst 1998 geschaffen worden waren (die allerdings mangels einer rechtlichen Präzisierung faktisch nicht umgesetzt worden waren). Der Abbau von Rechten zielte darauf, den Ausbeutungsgrad zu erhöhen und den Horizont der Profitabilität zu erweitern. Das Pendel der Außenpolitik schlug erneute in Richtung die Einfluss-Sphäre der USA aus, während die Verteidigungspolitik zur Bedeutungslosigkeit degradiert wurde, da man von der Globalisierung und dem Ende der Nationalstaaten träumte. Das Entwicklungsprojekt verlor völlig seinen Kompass.

Wie die Geschichte zeigt, war der brasilianische Neoliberalismus ein Misserfolg. In den Jahren des endgültigen Zusammenbruchs des desentwickelmentistischen Projektes⁹ von 1981 bis 1989 war die mittlere jährliche BIP-Wachstumsrate 2,3%. In der ersten Periode des Neoliberalismus der brasilianischen Regierung von 1990 bis 2002 ging die mittlere Wachstumsrate auf 1,9% zurück. Das magere Resultat war keine Überraschung. Um die niedrige Inflation zu stabilisieren, wurde die nationale Währung aufgewertet. Dies schwächte die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, die bereits an Schutz durch einseitige Handelsliberalisierung verloren hatte. Das Instrument für Währungsaufwertung war die Anziehung von Auslandskapital durch extrem hohe Realzinsen. Die hohen Zinssätze führten ihrerseits zu einem Wachstum der Staatsschuld und erschwerten die fiskalische Anpassung. Dies veranlasste die Regierung zu weiteren Budgetkürzungen, vor allem bei den Investitionen, die praktisch auf null fielen. Der aufgewertete Wechselkurs, die gekürzten Staatsausgaben und die wegen der Aufwertung der Währung und des Mangels an Protektion unter fehlender Wettbewerbsfähigkeit leidende Industrie waren die Hauptursachen für das schwache Wachstum.

Das fatalste Resultat des neoliberalen wirtschaftlichen Desasters war die Deindustrialisierung Brasiliens. Der Anteil der verarbeitenden Industrie am BIP ging von 21,6% im Jahr 1985 auf 9,6% im Jahr 2016 zurück. Das ist ein geringerer Anteil als 1947 (11,9%), als die Industrialisierung ihre ersten Schritte machte. Schlimmer noch, es zerfielen Wertschöp-

fungsketten, da in zahllosen Ketten einheimische Lieferanten durch Käufe im Ausland ersetzt wurden. Dies war die Umkehrung der importsubstituierenden Industrialisierungsstrategie. Viele strategisch wichtige Unternehmen gingen Bankrott oder in ausländisches Eigentum über.¹⁰ Der industrielle Rückschritt zog ein weiteres fatales Resultat, die Finanzialisierung, nach sich. Denn ein beträchtlicher Teil der industriellen Bourgeoisie gab seine Firmen auf und verlegte sich auf eine Rentierpolitik. Jene, die sich dieser Strategie nicht anschlossen, verminderten im Rahmen einer defensiven Politik ihre Produktion, stiegen in das Importgeschäft und zeichneten sich durch die Suche von Profiten über finanzielle Aktivitäten im Finanzsektor aus.

Im Kielwasser einer Welle, die Süd- und Zentralamerika erfasste und durch den Wahlsieg von Hugo Chávez in Venezuela ihren Anfang nahm, erfuhr Brasilien zwischen 2003 und 2014 einen tief gehenden politischen Wandel. Insgesamt gewannen KandidatInnen des Partido dos Trabalhadores (PT) vier Mal in Folge die Präsidentschaftswahlen. Obgleich zunächst das grundlegende makroökonomische institutionelle Arrangement fortbestand – Beibehaltung eines hoch bewerteten Wechselkurses zur Stabilisierung der Inflation, hohe Zinsen und ziemlich rigide Budgetziele – wurden von Anfang an drei Politikbereiche transformiert. Wenngleich sich die Wirtschaftspolitik in den Händen der Vertreter der „Drehtür“ befand, durch die hohe Funktionäre sich zwischen dem privaten Finanzsystem und der Zentralbank bzw. dem Wirtschaftsministerium hin und her bewegten, so entschied sich die Koalitionsregierung Lulas doch, die Ministerien im Sozialbereich (Pensionen, Gesundheit, Sozialhilfe), in der Bildung, den Außenbeziehungen, der Verteidigung und der Planung unter Kontrolle des PT und der Linksparteien zu behalten. Gleiches galt für die Ministerien, die auch Schnittstellen für die sozialen Bewegungen waren (Agrarische Entwicklung, Umwelt, Casa Civil, Soziale Entwicklung...). Diese Ministerien bildeten den strukturierenden Kern der damals initiierten drei transformatorischen Politiken: der Einkommensumverteilung mittels Mindestloohnerhöhung und Transferzahlungen wie der Bolsa Familia; der Wiederaufnahme einer unabhängigen Außenpolitik – diesmal unter dem Titel „selbstbewusst und aktiv“ (Amorim 2015) – und der Formulierung einer Verteidigungsstrategie, die mit einer Wiederaufnahme des Desenvolvimentismo auf neuer Basis verknüpft wurde.

Die Richtungsänderung, die von Lula in Gang gesetzt wurde, war auf ein Entwicklungsprojekt gerichtet, das auf dem inneren Massenmarkt basierte, der auf Grund der Einkommenserhöhungen der unteren Schichten der Einkommenspyramide wuchs. Es handelte sich um eine Modifikation des alten Modells des tropischen Fordismus (Faria 1996). In jenem Modell, das während der Militärdiktatur konsolidiert worden war, wurde der innere Massenmarkt durch eine wachsende Mittelklasse, die sich aus akademisch gebildeten Fachkräften und mittleren Kadern der öffentlichen und privaten Verwaltung rekrutierte, sowie aus einer entstehenden Arbeiteraristokratie gebildet. Dies kompensierte aus Sicht der Binnennachfrage einen Binnenmarkt, der weit hinter dem Potential eines demographischen Rahmens mit wenigen vergleichbaren Gegenstücken in der Welt¹¹ zurückblieb. Das Land wies einen immensen Anteil von sehr Armen auf und die Ungleichheit wuchs. Es handelte sich, wie Lipietz (1988) das treffend ausdrückte, „um einen Massenmarkt, aber nicht um einen Markt der Massen“.

Das Modell, das man als „lulistischen Postfordismus“ bezeichnen könnte, brachte erhebliche Einkommenszuwächse an den beiden Polen der Einkommenspyramide, einerseits bei den sehr Reichen, die von der Fortsetzung des neoliberalen makroökonomischen Arrangements (hohe Zinsen und aufgewerteter Real) – dem Garant hoher Einkommen für

die Rentiers – profitierten, und andererseits am unteren Ende, das von der den Politiken der Umverteilung und des Ausbaus der öffentlichen Dienste (Bildung, Gesundheit, Erfassung des Pensionssystems, Sozialtransfers, Lohnerhöhungen usw.) sowie der Ausweitung des Binnenmarktes, der ein Beschäftigungswachstum nach sich zog, Vorteile hatte. Kaum profitierte bei diesen Aufbesserungen die Mittelklasse, die ab 2013 eine Protagonistenrolle bei den Protesten gegen die Regierung von Dilma Rousseff spielte.

Zwei Aspekte des alten Desenvolvimentismo wurden wiederbelebt. Es waren dies die staatliche Unterstützung für die industriellen und landwirtschaftlichen Investitionen und die Programmierung staatlicher Infrastrukturinvestitionen, das sogenannte PAC (Programa de Aceleração do Crescimento) mit Initiativen in den Bereichen des Transports, der Kommunikation, der Energie, dem Wohnbau, der Stadtentwicklung usw. Einige Richtlinien für die Industriepolitik wurden verabschiedet. Sie nahmen frühere Konzepte wie den nationalen Anteil an der Wertschöpfung (oder auf Grund der Verpflichtungen des Mercosur den regionalen Anteil) und die Bestimmung von Prioritätsbereichen der produktiven Strukturen, bei denen die brasilianische Wirtschaft das beste Entwicklungspotenzial aufwies, wieder auf. Ein emblematischer Fall war die Ölproduktionskette von der Produktion von Ausrüstung und nationaler Explorationstechnologie in tiefen Gewässern (das jüngst entdeckte Pré-Sal) bis hin zur Raffinierung und der Petrochemie, Harzen, Polymeren und Plastik. Ein Impuls für das Autoabkommen des Mercosur und das ebenfalls regionalisierte Atomprogramm wie auch Projekte der Verteidigungsindustrie und im Kommunikationssektor waren weitere Prioritätsbereiche.

Eine dritte Initiative, die ihre Wurzel in den 1970er Jahren hatte und Gegenstand heftiger Kritik war, versuchte die ostasiatische Erfahrung der Förderung von Exporten und ausländischen Direktinvestitionen über „nationale Champions“ – oligopolistische Unternehmen, die auf dem Binnenmarkt konsolidiert sind und eine Internationalisierungspotenzial haben – zu replizieren. Die staatliche Unterstützung über Kreditvergaben und diplomatische Aktivitäten gaben starke Impulse für Auslandsinvestitionen in Kapitalgruppen im Bereich der Ingenieurstechnik, der Energie, der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie, die Luftfahrt- und Rüstungsindustrie (Valdez 2017). Eine besonders wichtige Rolle spielte hierbei die Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico e Social (BNDES).

Als Ergebnis dieses Projektes war eine Beschleunigung des Wachstums festzustellen. Während in der ersten, neoliberalen Periode die jährliche Wachstumsrate im Mittel 1,9% betrug,¹² stieg sie für die Jahre 2003 bis 2014 auf 3,2%. Dieser erneuerte Desenvolvimentismo suchte eine Allianz mit der industriellen und agrarischen Bourgeoisie zu konsolidieren. Deren Symbol war während der beiden Amtszeiten von Lula der Vizepräsident José Alencar, eine Textilindustrieller. Gleichzeitig wurden die Ministerien für Landwirtschaft und Entwicklung von Repräsentanten der Unternehmer in ihren jeweiligen Bereichen geführt.

Jenseits der Verteilungsfrage¹³ und der Minderung des Hungers und der Armut, war es der Regierung bewusst, dass ihr Entwicklungsprojekt, selbst wenn es unscharfe Züge aufwies und spezifische Ziele nicht klar genug definiert waren, nicht auf flankierende Initiativen in der Außen- und Verteidigungspolitik verzichten konnte, die völlig anders wären als die Orientierung der Jahre 1990–2002. Und danach handelte sie auch. Auch wenn es in Brasilien auf Seiten der dominanten Klassen, die durch Finanzinteressen hegemonisiert wurden, eine Vorherrschaft der neoliberalen Ideologie und der Unterordnung unter die Interessen der USA gab, nahm der Staat – gestützt auf eine Fraktion der Staatsbourgeoisie und einem Teil der ländlichen und städtischen Bourgeoisie und mit kritischen Unterstüt-

zung der populären Bewegungen wie dem MST, dem MTST, den Gewerkschaften und den Menschenrechts-NGOs – eine Position der relativen Autonomie ein und leitete einen radikalen Wandel in seiner Außen- und Verteidigungspolitik ein.

Ab dem ersten Moment wurde die letztlich defensive Strategie entpuppen sollte, die Priorität für das südamerikanische Integrationsprojekt und die Beziehungen zu Argentinien und den anderen Nachbarn, zur Grundlage einer neuen Form der Projizierung Brasiliens auf globaler Ebene. Der Fehlschlag des Neoliberalismus und einer Eingliederung in das US-Projekt zwang Brasilien noch in der zweiten Amtszeit von FH Cardoso, den Süd-Süd-Beziehungen eine Priorität einzuräumen, denn kein Gewinn war aus der subalternen Integration mit dem Bruder im Norden zu schlagen. Nachdem bereits ein konsolidierter Integrationsraum mit dem Mercosur geschaffen worden war, folgte als nächster Schritt die Ausweitung der geographischen Basis der Integration auf den gesamten Subkontinent.¹⁴ Bereits im Jahr 2000 verabschiedete ein Gipfel das IIRSA-Programm (Iniciativa para a Integração da Infraestrutura Regional Sul-americana), eine ambitioniertes Programm grenzüberschreitender Projekte im Energie-, Transport- und Kommunikationssektor. Aus dieser Initiative entstand die UNASUR (Unión de Naciones Suramericanas), deren Arbeitsbereiche über die wirtschaftliche Integration hinausgehen und Themen wie Verteidigung und Sicherheit, Gesundheit, die Rechte der indigenen Völker und Minderheiten, Migrationen oder Umwelt umfassen.

Gemäß des neuen Kompasses, der in die Richtung „unser Norden ist der Süden“ zeigte, setzte die neue brasilianische Außenpolitik vier Prioritäten in der folgenden Reihenfolge: erstens, besondere Beziehungen mit Argentinien; zweitens, das südamerikanische Umfeld; drittens, der Süd-Atlantik und Afrika und, viertens, Asien, insbesondere die großen Länder, einschließlich des eurasischen Russlands. Die historischen Beziehungen mit den nordatlantischen Zentrum, den USA und der EU, wurden im Zeichen des Widerspruches zwischen dem nationalen Interesse und den Zielen jener Partner neugeordnet. Hierher rührt die Charakterisierung „selbstbewusst und aktiv“, die der Außenminister Celso Amorim der neuen Politik gab. Trotz der traditionellen Friedensorientierung Brasiliens, beinhaltete diese neue Formulierung doch einen „Machtwillen“ (Fiori 2014) und daher musste sie sich der Opposition der dominanten Mächte in deren präventiver Aktion zur Verhinderung des Aufstiegs von neuen Polen, die den Status quo ihrer Hegemonie infragestellen, entgegenstellen.

In dem Maße, in dem Brasilien Fortschritte bei der Konsolidierung seiner diplomatischen Beziehungen bei seinen vier strategischen Regionen machte und sich hierbei auf eine Konvergenz von Interessen und Positionen mit Argentinien, Uruguay, Bolivien, Ecuador und Venezuela stützen konnte, trieben die USA ihren Vorschlag einer pan-amerikanischen Freihandelszone, ALCA, voran. Hierbei hatte die US-Regierung das Ziel, Kontrolle über den südamerikanischen Integrationsprozess zu gewinnen und andere Initiativen, wie ALBA um Venezuela herum, zu neutralisieren. Unterdessen bildete die Welle der populären Regierung eine Widerstandsmehrheit gegenüber den nordamerikanischen Positionen. Dies führte im Zusammenspiel mit dem Engagement dieses Landes in den Kriegen des Nahen Ostens und der Einkreisungsbewegung um Russland und dann China die US-Politik dazu, für eine Zeit eine gewissen Indifferenz gegenüber dem lateinamerikanischen Sub-Kontinent an den Tag zu legen.

Südamerikanischer Regionalismus und globaler Multilateralismus

Während der zweiten Amtszeit Lulas und der ersten Amtszeit von Dilma Rousseff wurde den bis dahin erratischen Beziehungen zwischen Entwicklung, Außen- und Verteidigungspolitik eine konsistentere Form für die groben Konturen eines nationalen Projektes gegeben. Dafür war die Überwindung der in der Wirtschaftspolitik vorherrschenden Orthodoxie entscheidend. Sie fand ihren Ausdruck in der Ersetzung des Arztes Antonio Palocci und seinem neoliberalen Team durch den Ökonomen Guido Mantega noch am Ende der ersten Amtszeit Lulas im Jahr 2006.¹⁵ Die vorsichtige Fiskalpolitik wurde fortgesetzt, aber sie wurde einer Entwicklungsstrategie untergeordnet, die den Staat als grundlegenden Akteur sah, und sich auf die Wiederherstellung der Planungsinstrumente der öffentlichen Verwaltung bei der Formulierung von Plänen und Projekten zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung konzentrierte. Um einer Opposition der Hochfinanz zuvor zu kommen, wurde die Hochzinspolitik fortgeführt. Das Wachstum zog steigende Steuereinnahmen nach sich. Das Verhältnis der Schulden zum BIP ging zurück.

Während die Wirtschaftspolitik in Richtung auf eine Unterstützung des Plano de Aceleração do Crescimento (PAC) über eine expansive Fiskalpolitik bei den Investitionen und der öffentlichen Ausgaben und auch eine expansive Kreditpolitik reorganisiert wurde, konsolidierte die Außenpolitik ihre Leitlinien und fuhr die Früchte erfolgreicher Initiativen unter dem Leitgedanken „unser Norden ist der Süden“ ein. Der Außenminister der Regierung Rousseff, Antônio Patriota, fasst dies in folgende Worte: „Zu Beginn dieses Jahrhunderts veränderte sich die Welt, und Brasilien veränderte sich mit ihr. Aber es ist wichtig wahrzunehmen, wie Brasilien dazu überging, diese Transformationen zu beeinflussen und an der Rahmensetzung der Debatten in den wichtigsten internationalen Foren mitzuwirken. Als Teil einer kleinen Gruppe von Ländern, nicht mehr als fünfzehn, die diplomatische Beziehungen mit allen von den Vereinten Nationen anerkannten Staaten sowie von Palästina und dem Heiligen Stuhl unterhält, hat Brasilien heute eine Außenpolitik wirklich globaler Dimension und eine kreative diplomatische Aktivität, die eine eigene Weltsicht haben.“ (Patriota 2013: 6)

Diese Aktivität ist durch sehr konsolidierte Werte angeleitet, die so beschrieben werden: „Die diplomatische Aktivität setzt sich für jene spezifischen Werte ein, die uns als Gesellschaft definieren. Wie Brasilien im Inneren für die Wertschätzung der Demokratie, die Verbreitung und den Schutz der Menschenrechte und der nachhaltigen Entwicklung engagiert ist, agiert es in seiner äußeren Aktivität zugunsten der Schaffung eines multilateralen Systems, das auf Zusammenarbeit und Legitimität gründet.“ (Patriota 2013: 6).

Patriota erklärt die Prioritäten der Außenpolitik, die durch diese Prinzipien angeleitet wird, wie folgt: „So gibt es keinen Zweifel, dass Südamerika die strategische Priorität darstellt. Die Menschen haben in Südamerika eine außergewöhnliche historische Gelegenheit. Es handelt sich um eine Region der Demokratie, der Zusammenarbeit mit einem immer wettbewerbsfähigeren energetischen und landwirtschaftlichen Potenzial. Und wir wissen, welchen enormen Nutzen Brasilien, um sich international zu positionieren, wie es das getan hat, daraus zieht, über ein koordiniertes und mit einer verbesserten Infrastruktur ausgestattetes Südamerika zu verfügen.“ (Patriota 2013: 7)

Er erinnert weiters an folgendes: „Die Region zeichnet sich heute dadurch aus, dass sie einen Raum des Friedens, der Demokratie und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit einer sozialen Gerechtigkeit darstellt. Der Demokratisierungsprozess des Kontinents wird als einer der wichtigsten Gründe für die Annäherung zwischen den südamerikanischen

Ländern gesehen.“ (Patriota 2013: 7) Patriota erwähnt die Priorität für Afrika und die historischen, ethnischen und kulturellen Bande Brasiliens mit dem Kontinent jenseits des Meeres und der Perzeption des Südatlantiks als einer Zone strategischen Interesses, die auch ihren Ausdruck in der Schaffung einer Zona de Paz e Cooperação do Atlântico Sul (ZOPACAS) findet, und führt weiters aus: „Im Kontext dieser bedeutenden Änderungen geht es Brasilien weiterhin darum, von Afrika als Freund für die Entwicklung wahrgenommen zu werden. Wir haben gemeinsame Ziele, viele menschliche und natürliche Ressourcen und guten Willen. Unsere Bande, sowohl die historischen als auch die jüngst geschaffenen, schaffen ein Gewebe, um mit Kühnheit zu denken und mit Optimismus zu handeln.“ (Patriota 2013: 245). Brasilien gab auch seinen globalen Beziehungen und seiner eigenen Vision für die Weltordnung eine Priorität, die es an andere Nationen mit einer regionalen Führungsrolle und einer internationalen Wichtigkeit, die auf ihrem geographischen, wirtschaftlichen und demographischen Gewichte ruhte, annäherte. Dies bedeutete einen Kampf für eine Reform des internationalen Systems in Richtung auf die Errichtung einer multilateralen Ordnung und der Verteidigung des Multilateralismus. „Die brasilianische Diplomatie schenkt der Notwendigkeit einer Reform der Strukturen der globalen Governance, um sie repräsentativer für die gegenwärtigen geopolitischen Transformationen zu machen und sie mit den Forderungen nach einer demokratischen Beteiligung an den Entscheidungsprozessen bei Themen globalen Interesses in Einklang zu bringen, ebenfalls Aufmerksamkeit. (...) Brasilien glaubt an den Multilateralismus – eine unerlässliche Notwendigkeit in einer multipolaren Welt.“ (Patriota 2016: 25) In diesem Hinblick ist die Beteiligung Brasiliens an der Initiative IBAS, einem Dialogforum mit Indien und Südafrika, eine Route der Guten Hoffnung, wie sie Fiori (2014) nennt, einem Raum der Konzertierung und des Dialogs von nicht-hegemonialen Führungen ihrer jeweiligen Kontinente, zu verstehen. Ein Schritt weiter war die Konsolidierung der BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), einem Zusammenschluss offensichtlichen geopolitischen Gewichts mit dem erklärten Ziel, das internationale System zu verändern. Während Brasilien und Südafrika traditionell gute Beziehungen zu den USA haben, gilt das nicht für China und vor allem für Russland. Auch wenn die militärische Spannung zwischen diesem Land und den USA hoch bleibt, beruht die Strategie der Gruppe auf friedlichem Aufstieg. Unterdessen stellt ihre bislang wichtigste Errungenschaft, die Schaffung einer Neuen Entwicklungsbank, einen direkten Angriff auf die US-Macht dar, die auf der Internationalisierung des Dollars gründet. Die neue Bank hat zum Ziel, außerhalb der US-Einflusszone zu operieren und Entwicklungsprogramme und –projekte in der sogenannten Entwicklungswelt zu finanzieren. Hierbei soll mit den Währungen ihrer Gründungsmitglieder gearbeitet werden.

Bei der Verteidigungspolitik gehen die Diskussion und Definierung vom Mandat des Lei Complementar no 97 de 1999 aus. Eine lange Debatte brachte eine aktualisierte strategische Vision hervor, die den nationalen Notwendigkeiten entspricht. Sie wurde durch das Parlament in Form von drei Dokumenten – A Política Nacional de Defesa, Estratégia Nacional de Defesa und dem Livro Branco da Defesa Nacional (Brasil 2012a, 2012b) – angenommen. In der Formulierung dieser Konzeption wurde die notwendige Konvergenz zwischen Wirtschafts- und Verteidigungspolitik mit den folgenden Worten eingefordert: „1. Die nationale Verteidigungsstrategie ist von der nationalen Entwicklungsstrategie nicht zu trennen. Diese ist ihr Motiv. Jene liefert das Schwert für diese. Jede von ihnen verstärkt die *raison d'être* der anderen. In beiden wird zur Aufmerksamkeit für die Nationalität aufgerufen und wird die Nation hergestellt. Mit einer Verteidigung wird Brasilien nein sagen

können, wo es nein sagen muss. Es wird die Kapazität haben, seine eigenes Entwicklungsmodell aufzubauen.“ (Brasil 2012a: 43). Die Entwicklung einer Verteidigungskapazität ist die notwendige Voraussetzung zur Behauptung eines nationalen Interesses, das eine Nation vielfach zwingt nein zu sagen, wenn sie mit widersprüchlichen Interessen konfrontiert ist. Während sie sich auf die Friedenstradition Brasiliens beruft, die bis ins Ende des 19. Jahrhunderts zurückgeht, bekräftigt die *Estratégia Nacional de Defesa* die Notwendigkeit der Vorbereitung für einen Krieg und die Schaffung einer Abschreckungskapazität: „2. Es ist für ein Land, das kaum mit Kriegen zu tun hatte, nicht offensichtlich zur Überzeugung von der Notwendigkeit sich verteidigen zu können, um um einen eigenständigen Aufbau des Landes gewährleisten zu können, zu gelangen. Selbst wenn sie nützlich und sogar unerlässlich sind, reichen die Argumente, die sich auf den Nutzen der Technologien und der Kenntnisse im Verteidigungsbereich für die Entwicklung des Landes berufen, nicht aus. Die Mittel, die für die Verteidigung verlangt werden, erfordern eine Transformation des Bewusstseins, damit eine Verteidigungsstrategie für Brasilien konstituiert wird.“ (Brasil 2012a: 43) Der Wille, eine nationale Entwicklungsstrategie voranzutreiben, kann nur dann wirksam werden, wenn er den Schutz eines bewaffneten Arms der Gesellschaft genießt. Außerdem ist die Verteidigung Teil der brasilianischen Strategie der Schaffung von technologischen und produktiven Synergien, die der wirtschaftlichen Entwicklung zu gute kommen. Die Urananreicherung, die Produktion von Reaktoren, die Luftfahrtindustrie, die Informations- und Kommunikationstechnologien sind einige der Branchen der brasilianischen Produktionsstruktur, die in erheblichem Maß im Hinblick auf die Verteidigungskapazitäten entwickelt wurden.

Die andere Seite dieser Verbindung bezieht sich auf die Außenpolitik und wird im *Livro Branco da Defesa Nacional* so definiert: „Die Außen- und Verteidigungspolitik sind komplementär und unauflöslich miteinander verbunden. Die Erhaltung der regionalen Stabilität und die Konstruktion eines kooperativeren internationalen Umfeldes, die im großen Interesse Brasiliens liegen, werden durch die gemeinsame Aktion des Verteidigungsministeriums und des Außenministeriums gefördert. (...). A *Política Nacional de Defesa*, die *Estratégia Nacional de Defesa* und das *Livro Branco de Defesa Nacional* stellen historische Marksteine für die Bekräftigung und Verbreitung der Verteidigungsparameter dar. A *Política* und die *Estratégia* signalisieren die Verantwortlichkeiten in der Förderung des nationalen Interesses, vor allem bei den Themen der Entwicklung und Sicherheit des Landes. Sie geben Zeugnis ab von der Stärkung der Dialogmechanismen im Hinblick auf die Annäherung ihrer Informationserhebung und der gemeinsamen Planung zwischen Verteidigungs- und Außenministerium.“ (Brasil 2012a: 51)

Die Definition der strategischen Umgebung Brasiliens und die Identifizierung von Verwundbarkeiten waren Ergebnis dieses Dialogs zwischen dem Außen- und Verteidigungsministerium. Sie wurden koordiniert durch das Präsidialamt. Die unmittelbare strategische Umgebung wird durch Südamerika und den Südatlantik gebildet. Die guten Beziehungen mit den Nachbarn auf dem Kontinent, insbesondere Argentinien, sind in dieser Hinsicht zentral. In selber Weise sind die Freundschaft und Zusammenarbeit mit den afrikanischen Ländern auf der anderen Seite des Atlantiks und, darüber hinaus, im Inneren des afrikanischen Kontinents von vitaler Bedeutung für die Sicherheit und Stabilität Brasiliens. Für unsere Diplomatie und Streitkräfte sind auch der Schutz und die nachhaltige Nutzung des Amazonas-Beckens und von „*Amazônia Azul*“, wie die Territorialgewässer und die exklusive Wirtschaftszone im Atlantik genannt werden, eine Herausforderung. Die Nutzung dieser enormen Biosphärenreserven und Rohstoffressourcen

verzichtet nicht auf eine Entwicklungspolitik, die auf den sozialen Fortschritt des brasilianischen Volkes setzt, der mit Einkommens- und Wohlstandszuwächsen und einer gleichmäßigen Verteilung einhergeht.

Der Staatsstreich und danach

Die Konvergenz der drei Strategien des brasilianischen Staates wurde durch eine Initiative der Regierungen Lula und Rousseff vorangetrieben. Dieser erfolgte über einen ziemlich langen, demokratischen Prozess, der 2003 begonnen und konzeptionell 2012 abgeschlossen wurde. Indessen wurde er mit einigen wenigen erreichten Resultaten 2014 abrupt abgebrochen. Dies war das letzte Jahr der ersten Amtszeit der damaligen Präsidentin, die unter einem enormen Druck der Oppositionsparteien, aber auch von einer großen Zahl von Abgeordneten, die formal der Regierungskoalition angehörten und vom damaligen Deputierten Eduardo Cunha¹⁶ angeführt wurde, stand. In der Zivilgesellschaft übernahmen Unternehmerorganisationen, die von der Federação das Indústrias de São Paulo (FIESP) und der Federação Nacional dos Bancos (FEBRABAN), aber auch von dem Großteil der kommerziellen Medien mit dem machtvollen Rede Globo an der Spitze angeführt wurden, die Leitung der Oppositionsbewegung gegen die Regierung. Das Programm dieser Mobilisierung wurde durch das Interesse der Rentiers und des Finanzkapitals an einem Wandel der Wirtschafts- und Außenpolitik bestimmt. Ihre Strategie bestand anfänglich darin, Dilma Rousseff durch eine systematische Obstruktionspolitik im Parlament und durch die Verabschiedung von Gesetzen, welche die Erreichung der Regierungsziele kompromittieren, am Regieren zu hindern.

Auf den ersten Blick ist diese bürgerliche Opposition gegen die PT-Regierungen wenig verständlich. Denn die absolute Spitze der sozialen Pyramide konnte substantielle Einkommenszuwächse während der Regierungen Lula und Rousseff verzeichnen. Eine Antwort wurde von mir in Faria (2017) vorgeschlagen, wo ich einen Vergleich der Arbeitsproduktivitätsentwicklung und dem mittleren Einkommen der ArbeiterInnen im gesamten produktiven Bereich, der Landwirtschaft, der Industrie und den Dienstleistungen auf Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistikinstitutes IGBE vornehme. Für die Jahre 1990 bis 1999 ergibt sich ein Fall der Einkommen der ArbeiterInnen um 18,9%, während die Produktivität stieg. Die Gewinnmarge stieg während des Neoliberalismus. In der Folgeperiode von 2000 bis 2010 stiegen die Einkommen um 5,2%, die Produktivität um 8,4%. Der Unterschied zwischen diesen beiden Größen verminderte sich während des post-fordistischen Desenvolvimentismo der PT. Marquetti, Hoff und Miembach (2017) stellen einen Fall der Profitrate in Brasilien um 1,33% zwischen 2003 und 2015 fest. In einem zweiten Schritt zerlegen die Autoren die Amtszeiten von Lula und Rousseff. Hier berechnen sie einen Anstieg der Profitrate um 3,56% von 2003 bis 2007. In der Folgeperiode von 2007 bis 2014 ging diese Rate hingegen in der Größenordnung von 5,05% zurück. Die Unzufriedenheit der Bourgeoisie folgte aus der Tatsache, dass sie einen Teil der Umverteilung des Einkommens des Landes zahlen musste.

Im Jahr 2003 gab es eine Welle von Manifestationen der sozialen Unzufriedenheit in den wichtigsten Städten des Landes. Diese Bewegungen hingen mit der Unzufriedenheit mit der Prekarität einiger öffentlicher Dienste, vor allem dem öffentlichen Verkehr in den Städten und der Bildung, zusammen. Ursprünglich gingen diese Proteste von jungen Studierenden aus. Im Laufe Zeit wandelte sich nicht nur ihre sozial Zusammensetzung, sondern auch ihre Zielrichtung. Nach kurzer Zeit wurden sie durch Radio-, Fernseh-, Zei-

tungsunternehmen der kommerziellen Presse, durch Vertretungen der Bourgeoisie, wie der machtvollen FIESP, und durch politische Organisationen, die mit rechten US-Institutionen (wie den Students for Liberty oder den bekannten Koch-Brüdern) bzw. neoliberalen brasilianischen Organisationen, wie dem Instituto Millenium und Rechtsparteien, die Gruppen wie Movimento Brasil Livre (MBL) oder Vem Pró Rua über das Internet organisierten, zusammengerufen und –gebracht.

Die neue Zusammensetzung der Proteste wurde durch die traditionelle Mittelklasse (Ärzte, Anwälte, Manager und Kleinbürger) und der Großbourgeoisie (ländliche und städtische Unternehmer) bestimmt, aber die Zusammensetzung war auch durch Aktivisten der Rechtsparteien – Partido da Social Democracia Brasileira (PSDB), Democratas (DEM) und Partido do Movimento Democrático Brasileiro (PMDB) – und neuen Gruppen anfänglich nicht-parteigebundener junger Neoliberaler geprägt.¹⁷ Die Zielrichtung wandelte sich auch radikal. Die Forderung nach besseren und kostenlosen öffentlichen Diensten wurde um 180 Grad gedreht und als neue Achse die Anklage der Korruption definiert, die auf kindliche Weise als Hauptgrund für die Probleme der öffentlichen Verwaltung identifiziert wurde. Bei dieser Neuausrichtung der Massendemonstrationen hatten die rechten Think Tanks und die großen Medien eine entscheidende Rolle sowohl bei Aufrufen zu Straßenaktionen als auch durch die Ausrichtung des politischen Diskurses der Demonstranten.¹⁸

Obwohl sie durch die Mobilisierung der Mittelklasse eingekreist war und ihre Popularität zurückging, gewann Dilma Rousseff zur Überraschung vieler die Präsidentschaftswahlen von 2014. Hierbei führte sie dieselbe Koalition an, die sie auch für ihre erste Amtszeit unterstützt hatte und deren Eckstein die PMDB war.¹⁹ Noch vor ihrer Amtseinführung im Jänner 2015 begann eine Verschwörung, die nach etwas mehr als einem Jahr im Mai 2016 ihre Entfernung aus dem Amt erreichte. Die Machenschaft, die den Staatsstreich produzierte, wurde von einem Bündnis aus PSDB, welche die Wahl gegen Dilma Rousseff 2014 verloren hatte, und der PMDB, die den Pfad der Verrats beschritt, da sie selbst damals den Vize-Präsidenten stellte, auf den Weg gebracht. Die Gruppe der „traíras“²⁰ erfreute sich der soliden Unterstützung der großen Finanz- und industriellen Bourgeoisie und der massiven Straßenmobilisierung der Mittelklasse.

Die Verschwörung wurde mit der entscheidenden Unterstützung der Justiz und der Staatsanwaltschaft vorangetrieben, die in eine Operation involviert waren, welche gegen ein wahrscheinliche kriminelle Organisation ermittelten, die von Politikern, Direktoren des gigantischen halbstaatlichen Ölkonzerns Petrobras und großen Ingenieursfirmen, die mit dem Ölunternehmen bei verschiedenen Projekten der Produktion, der Raffinerie, der Lieferung von Ausrüstung und der Bautätigkeit, gebildet wurden.²¹ Sowohl die Staatsanwälte als auch die Polizisten, die für die Prozesses dieses Falls verantwortlich waren, waren anerkannter- und erklärterweise politische Gegner der PT und Wähler des geschlagenen PSDB-Kandidaten Aécio Neves. Zudem hatten sie starke Verbindungen zu Organisationen des US-amerikanischen Staates. Das Chronogramm der Ermittlungen und die Offenlegung der angeblichen Verbrechen und der Namen jener, gegen die ermittelt wurde bzw. die angeklagt wurden, wurde mit Geschick so angelegt, dass es mit den wichtigsten Momenten des Impeachment-Prozesses gegen Dilma Rousseff im Kongress zusammenfiel.

Die Anklage, die den Anlass für die Amtsenthebung aufgrund der Verletzung der Fiskalgesetzgebung abgab, war ein kompletter Betrug. Es wurden Routineamtshandlungen, die mit der Zahlungsverträgen bezüglich den Sozialleistungen und Krediten für Landwirte zwischen dem Nationalen Schatzamt als letzlichem Zahlenden und der Caixa Econômica Federal und dem Banco do Brasil als Ausführenden der Zahlungen über ein Girokonto,

wobei einmal die eine, einmal die andere Seite Schuldnerin war, zusammenhängen, kriminalisiert.²² Als der Verrat in einer Reihe von heiklen Episoden, die durch Deputierte und Senatoren in einem von Beginn an verfälschten Prozess angeführt wurden, zur Vollendung gebracht wurde, verlor Dilma Rousseff ihr Amt und ihr Vize Michel Temer trat an ihre Stelle. Dieser hatte bereits eine ganze Zeit früher seine politische Linie angekündigt, als die PMDB im Oktober 2015 ein Dokument (*Uma Ponte para o Futuro*) veröffentlichte, in dem sie eine ins Extrem radikalisierte Neuauflage des neoliberalen Projektes der 1990er Jahre vorschlug.

Bereits in der Interimsperiode während des Amtsenthebungsverfahrens wurden erste Maßnahmen eines radikalen Wandels in der Politik²³ mit der Auswechslung von Ministern ergriffen.²⁴ Danach wurde eine ganze Anzahl von Maßnahmen mit Unterstützung der Kongressmehrheit ergriffen, die den Putsch vorantrieb und die Regierung, die aus ihm hervorging, unterstützte. Die „selbstwusste und aktive“ Außenpolitik wurde durch eine „passive und unterwürfige“ ersetzt. Dies betrifft nicht allein die Unterordnung unter die Interessen der USA, sondern auch Demontage der erfolgreichen Initiativen der PT-Regierungen. Hierfür sind die Entleerung von Mercosur und Unasur, die Unterstützung für den Regimewechsel in Venezuela, die Botschaftsschließungen in Afrika und die Suspendierung der Unterstützung diverser Infrastrukturprojekte auf diesem Kontinent exemplarisch. In derselben Weise gibt es einen schnellen Versuch, Freihandelsabkommen abzuschließen. Hierunter fallen auch die Verhandlungen über ein solches Abkommen mit der EU, die bereits über zehn Jahre laufen. Unterdessen hat der Mangel an Legitimität des Putschistenregimes das Gewicht Brasiliens auf der internationalen Bühne untergraben. Seine Präsenz in Foren wie BRICS oder G-20-Finanzgipfel hat einen rein protokollarischen und irrelevanten Charakter angenommen.

Auf der Ebene der Wirtschaftspolitik war der Wandel noch brutaler. Die fiskalische Austerität, die in der zweiten Amtszeit von Dilma Rousseff begonnen und als eine vorübergehende Lösung angesehen worden war, ist zu einem dauerhaften Ziel geworden. Der Kongress hat eine absurde Verfassungsänderung angenommen, welche die Ausgaben für öffentliche Investitionen, Personal und Unterhalt der Dienste für 20 Jahre eingefroren hat. Von dieser Grenze wurden, erkennbar wegen der Verpflichtungen gegenüber der Hochfinanz, die Zinszahlungen auf die öffentliche Schuld ausgenommen. Alle öffentlichen Bauaufträge und Investitionen wurden gelähmt. Sozialprogramme wie *Bolsa Família*, Pensionszahlungen, Krankheitshilfen, Schulspeisung, Verteilung von Medikamenten wurden entweder eingestellt oder sahen die Zahl ihrer Nutznießer um Millionen reduziert. Selbst der Mindestlohn wurde 2017 um 10,- Reais gekürzt. In seinem Paket der Bosheiten ist es dem Usurpatorenregime gelungen, mehr als 100 Artikel der Arbeitsgesetzgebung zu ändern. Unter anderem erlauben sie das Sub-Contracting von Leistungen und Arbeitsverträge, die dem Recht nicht entsprechen. Sie schaffen abschreckende Gebühren, wenn ein Arbeiter gegen seinen Boss klagt. Sie lassen den unterbrochenen Arbeitstag zu und, neben anderem Abbau von Rechten aus dem Jahr 1930, ermöglichen sie, was am Empörendsten ist, die Arbeit von Schwangeren in ungesunder Umgebung.

Das Muster der Rache der Reichen gegen die Armen ging mit dem Vorschlag einer Pensionsreform, die zum Ziel hat, die Zahl der Arbeitsjahre zu erhöhen und die Pensionen zu reduzieren, weiter. Es gibt auch ein Projekt der Entstaatlichung und De-Nationalisierung. Die große Ölfirma Petrobras ist mit dem Verkauf von Raffinerien und Ölquellen eines ihrer Opfer. Es geht unter anderem aber auch um Flughäfen, das große Energieunternehmen Electrobrás, Straßen, Häfen, Bahnlinien. Das Ergebnis dieser Wirtschaftspolitik war die größte Krise der brasilianischen Wirtschaftsgeschichte. Das BIP fiel 2015 und 2016 um

3,8% bzw. 3,6%. Die Arbeitslosenrate erreichte 2017 13,6%, insgesamt ging es um 14 Mio. ArbeiterInnen von einer Gesamtzahl von 103 Millionen.

Im Bereich der Verteidigungspolitik hat sich die illegitimen Regierung zwar nicht in das Militärkommando eingemischt, die Kürzungen bei Ausgaben und Investitionen haben allerdings stark Produktionsprojekte, vor allem den Bau eines Atomunterseeboots, die Kommunikationssysteme, das Luftfahrt- und Panzerprogramm, betroffen. Außerdem ist der Inlandseinsatz von Bundestruppen zu einer gängigen Praxis mit einem Siegel des Gabinete de Segurança Institucional geworden, welches das Informationssystem kontrolliert und die Missionen plant. Es wird von General Sergio Etchegoyen geführt, einem Nostalgiker der Doktrin der National Sicherheit und der Diktatur.

Die Regierung, die aus dem Putsch von 2016 hervorgegangen ist, sucht in raschem Rhythmus die möglichst umfassende Auslöschung aller Errungenschaften und Rechte der populären Klassen seit Beginn des Jahrhunderts bis zum Ende ihres usurpierten Mandats zu erreichen. Dies ist ihre Verpflichtung gegenüber der Finanzbourgeoisie und der reichen Rentiers. Sie reserviert immer größere Anteile für Zinszahlungen und andere Transfers von Einkommen und öffentlichem Eigentum zu Gunsten jener 71.440 Personen, welche die obere Spitze von 0,05% der Einkommensverteilung bilden und im Jahr 2014 22,7% des totalen Reichtums besaßen, die gegenüber dem Nationalen Schatzamt erklärt worden waren. Dieser Anteil dürfte 2017 noch höher liegen.

In ihrer Rede für eine Gruppe von Studierenden am Instituto Rio Branco, der brasilianischen Diplomatenschule, erklärte die damalige Präsidentin Dilma Rousseff: „Den Platz, den ein Land in der Welt einnimmt, hängt prioritär von der Rolle ab, die dieses Land in Beziehung zu seinem Volk einnimmt“ (Rousseff 2012). Eine Regierung, die in Verbrechen verwickelt ist und ein Land exklusiv für die Reichtumssteigerung von Milliardären verwaltet, kann allein einen verachtenswerten Platz einnehmen.

Übersetzung aus dem Portugiesischen: Joachim Becker

Literatur

- Amorim, Celso (2015) Teerã, Ramalá e Doha – Memórias da Política Externa Ativa e Altiva. São Paulo.
- Arrighi, Giovanni (1994) O longo século XX. Rio de Janeiro/São Paulo.
- Brasil (2012a) Política Nacional de Defesa – Estratégia de Defesa. Brasília.
- Brasil (2012b) Livro Branco de Defesa Nacional. Brasília.
- Faria, Luiz A.E. (1996) Fordismo periférico, fordismo tropical y posfordismo: el camión brasileño de acumulación y crisis. In: Ciclos en la Historia, la Economía y la Sociedad, 6(10), 73–101.
- Faria, Luiz A.E. (2007) Back from the future? Brazil's international trade in the early XXI century. In: Blaas, Wolfgang/Becker, Joachim (Hg.): Strategic Arena Switching in International Trade Negotiations. Aldershot, 171–193.
- Faria, Luiz A. E. (2017) Aquém da estagnação: o ciclo de crescimento e crise desde 2004 e 2010 no Brasil. In: Ciclos en la Historia, la Economía y la Sociedad, 24(46).
- Fiori, José L. (2014) História, estratégia e desenvolvimento: para uma geopolítica do capitalismo. São Paulo.
- Fonseca, Pedro C.D. (2015) Desenvolvimento: a construção de um conceito. In: Datheim, Ricardo (Hg.): Desenvolvimento: o conceito, as bases teóricas e as políticas. Porto Alegre.
- Marquetti, Adalmir/Hoff, Cecília/Miebach, Alessando (2017) Lucratividade e distribuição: a origem econômica da crise política brasileira. 2017 (verfügbar unter: www.researchgate.net/312191358)

- Patriota, Antonio de Aguiar (2013) *Política externa brasileira: discursos, artigos e entrevistas* (2011–2012). Brasília
- Patriota, Antonio de Aguiar (2016) *Política externa brasileira II: discursos, artigos e entrevistas* (2011–2012). Brasília
- Rousseff, Dilma (2012) *Discurso da Presidenta da República na cerimônia de formatura da Turma de 2010–2012 do Instituto Rio Branco*. Brasília, 20 de abril de 2012
- Valedez, Robson Coelho Cardoch (2017): *A consolidação do aparato de apoio estatal à internacionalização de empresas nacionais no governo Lula (2003–2010)*. Porto Alegre (UFRGS, Dissertation in Estudos Estratégicos Nacionais)

Anmerkungen

- 1 Deutsch im Original, d. Übers.
- 2 Dieses Thema wurde in Faria (2017) behandelt.
- 3 Bemerkenswert an den Abschiedsworten des US-Präsidenten war der Rat an Brasilien, aus den Fehlern der Nation im Norden zu lernen. Indem Roosevelt auf den für diese Epoche geltenden Umstand eines in dieser Zeit kaum bewohnten Teils seines Territoriums verweist, äußerte er ein subtiles *mea culpa* für die Greul, die bei der Eroberung des Westens seines Landes verübt worden waren.
- 4 Man sollte sich in Erinnerung rufen, dass der Zensus von 1960 ergab, dass mehr als 56% der brasilianischen Bevölkerung auf dem Land lebten. Für diese Mehrheit war das Land das Hauptproduktionsmittel und das wichtigste Eigentumsaktivum.
- 5 Während ihres zweiten Mandats hatte die Präsidentin Dilma Rousseff, die selbst in einer linken bewaffneten Bewegung engagiert gewesen war, mit dem Verteidigungsminister Aldo Rabelo einen Politiker, der Mitglied des Partido Comunista do Brasil war.
- 6 Und auch einige Enttäuschungen, wie die Akzeptanz der selbstkonzidierten Amnestie, die Verbrechern gegen die Menschheit der Diktatur, viele von ihnen Militärs, seitens der Nationalen Verfassungsgebenden Versammlung.
- 7 Diese Debatte fand in den Folgejahren eine Fortsetzung, bis sie in der Nationalen Verteidigungsstrategie 2012 ein Ergebnis brachten (Brasil 2012a).
- 8 Der Plan trug den Namen des damaligen US-Finanzminister Nicholas Brady.
- 9 Die Begriffe *Desenvolvimentismo* und *desenvolvimentista* sind vom dem portugiesischen Wort *Desenvolvimento*, das Entwicklung bedeutet, abgeleitet. Es geht um sozio-ökonomische Strategien mit substanziellem staatlichem Input, in deren Zentrum Entwicklung steht. (Anm. d. Übersetzers).
- 10 Ein exemplarischer Fall dieses wirtschaftlichen und technologischen Rückschritts war das Unternehmen ENGESA, das den Panzerwagen EE 9 Urutu und den Kampfpanzer EE 11 Cascavel produzierte. Diese wurden nicht nur für brasilianische Heer produziert, sondern auch in 18 Länder im Nahen Osten, Afrika und Lateinamerika exportiert. Das Unternehmen entwarf und produzierte auch einen Prototyp des Panzerwagens EET1 Osório, der wegen des Drucks der USA auf potenzielle Käufer nie Produktion ging. Ironischerweise hielten Fachpublikationen das Modell für eines der besten seiner Art, besser als das US-amerikanische Modell M1A1 Abrams. ENGESA ging 1993 Bankrott und die beiden Osório-Prototypen dienen heute in der Panzerbasis des Heeres der Ausbildung.
- 11 Die brasilianische Bevölkerung machte am 25. August 2017 um 14.20 Uhr laut IGBE 207 919 712 BewohnerInnen aus.
- 12 Dies war sogar noch schlechter als in den Jahren 1980 bis 1989, die von der Cepal als „verlorenes Jahrzehnt“ bezeichnet werden. Damals war die jährliche Wachstumsrate 2,3%.
- 13 Der GINI-Koeffizient der Einkommensverteilung, der sich in den 1990er Jahren zwischen 0,614 und 0,600 bewegt hatte, begann seitdem systematisch zu fallen und erreichte 2014 0,518.

- 14 In der zweiten Amtszeit von FH Cardoso verschob sich der der diplomatische Diskurs vom traditionellen Bezug auf Lateinamerika zu Südamerika. Der Grund hierfür war die Integration von Mexiko in NAFTA, die das Land wirtschaftlich von Lateinamerika und der Karibik entfernte.
- 15 Dieser Schritt wurde ausgelöst durch die politische Krise im Jahr 2005, die ihren Grund in der Anzeige der Generalstaatsanwaltschaft bei einem Korruptionsfall hatte, der Minister und Abgeordnete, einschließlich des damaligen Wirtschaftsministers, betraf.
- 16 Dieser Ex-Abgeordnete wurde wegen Korruption 2016 verurteilt, verlor sein Mandat und sitzt seine Haft im geschlossenen Strafvollzug ab.
- 17 Später wurde ein ganzer Teil dieser jungen Konservativen durch Rechtsparteien wie die PSDB rekrutiert.
- 18 Auch die wichtige Rolle der USA, die ihrer Politik des asymmetrischen Krieges und des Regimewandels folgten, sollte nicht gering geschätzt werden. Finanzierung, Informierung und Kooptierung von Staatsakteuren wie Richtern, Staatsanwälten und Polizisten sind Teil dieser Strategie.
- 19 Wenngleich die PMDB nach der Zahl ihrer Bürgermeister, Gouverneure und Abgeordneten auf den drei Ebenen des brasilianischen Staates seit der Redemokratisierung die größte Partei ist, hat sich die PMDB für ihre Stärkung auf nationaler Ebene ihrer großen Zahl an Abgeordneten bedient, um alle Regierungen seit der Einführung von Direktwahlen für das Präsidentenamt zu stützen. Diese konnte der Neoliberalismus von FH Cardoso sein, das konnte die Unterstützung des post-fordistischen Desenvolvimentismo von Lula und Rousseff sein. Diese beeindruckende Flexibilität kann letztlich durch die tiefe Verwicklung in die Korruption, zu der ihr die Exekutive wie die Legislative Zugang verschafften, erklärt werden.
- 20 In der Sprache des Volkes wird der Verräter – traidor – mit diesem Süßwasserfisch mit scharfen Zähnen, der oft den Fisch beißt, verglichen.
- 21 Es ist interessant in Erinnerung zu rufen, dass alle Petrobras-Direktoren und –Manager, die in diese Delikte verwickelt waren, bereits auf Initiative von Graça Foster, der von Dilma Rousseff ausgesuchten Präsidentin der Firma, entlassen worden waren, als die Fakten bekannt wurden. Graça Foster sah sich einer Medienkampagne ausgesetzt und wurde beschuldigt, eine schlechte Managerin zu sein. Sie trat in einer der verschiedenen Episoden der Ungerechtigkeit in dieser dunklen Affäre letztlich zurück.
- 22 Die Anschuldigung hatte ihre Quelle beim Tribunal de Contas da União, der ein beratendes Organ des Kongresses bei der Überprüfung der Budgets der Regierung ist. Es ist ein Beweis der Parteilichkeit in diesem Fall, dass diese Operationen seit Jahren durchgeführt worden waren und immer als regulär anerkannt worden waren. Schlimmer noch, als der Usurpator Temer (Rousseffs Vize-Präsident und ihr Nachfolger, Anm. d.Ü.) das Amt übernahm, hat dasselbe Tribunal eine Entscheidung getroffen, welche die Wiederaufnahme dieser Praktiken erlaubte.
- 23 Es ist daran zu erinnern, dass Dilma Rousseff selbst bereits von Positionen abgerückt war und dem Druck der Großbourgeoisie nachgegeben hatte. Sie hatte Investitionskürzungen beim PAC und einer Zinserhöhung zugestimmt, um die Opposition der wirtschaftlichen Plutokratie zu befrieden.
- 24 Die Justizermittlungen bei Korruptionsverbrechen brachten ein Ensemble von Beweisen hervor, dass in Wirklichkeit der eigentliche Kern der Regierung eine von Temer angeführte kriminelle Organisation war und dessen Hauptakteure verschiedene Minister und Führer des PMDB im Kongress waren. Der Generalstaatsanwalt der Republik formulierte eine Strafanzeige beim Supremo Tribunal Federal gegen diese Personen, in der er sie als Mitglieder eine Bande bezeichnete, die seit Jahren Verbrechen der Korruption, Geldwäsche, Verschwörung zur Untreue und Behinderung der Justiz praktizierte.